Schlagwort-Nr. 11090. Online seit 04.06.2012, aktualisiert am 25.03.2013.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde am 1. Januar 1919 gegründet. Ihre Geschichte reicht allerdings bis in das Kaiserreich zurück, als sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) anlässlich der zwischen 1908 und 1910 geführten Debatte um den "Massenstreik" als Mittel revolutionärer Politik eine linksgerichtete Gruppe sammelte. Von diesen gewannen während des Ersten Weltkriegs insbesondere die kompromisslosen, opferbereiten Kriegsgegner Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die ihre Argumente seit 1916 in den Spartacus-Briefen verbreiteten, viele Anhänger. Sie blieben zunächst in der SPD und dann in der USPD, um den Kontakt zu den Arbeitermassen nicht zu verlieren. Im Zuge der Novemberrevolution wurde am 11. November 1918 der Spartakusbundes innerhalb der USPD gegründet. Am 29. Dezember 1918 kam es zum Bruch mit der Partei. Zusammen mit der SPD-Abspaltung der "Internationalen Kommunisten Deutschlands" gründeten die Spartakisten auf dem ersten Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin die "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)". Daneben beschlossen die Delegierten gegen den Wille der Parteizentrale, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren. Die KPD war gegen eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie, wie von USPD gefordert, und trat für eine Räteherrschaft nach russischem Vorbild anstatt der parlamentarischer Demokratie, für die Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats ein. Über diese Ziele waren sich die verschiedenen Strömungen der radikalen Linken, die sich in der KPD sammelten einig – über den Weg dorthin dagegen keineswegs.

Dieser innere Grundkonflikt kam nicht zuletzt in zahlreichen Parteispaltungen zum Ausdruck. Darüber hinaus war die KPD an Beschlüsse und Weisungen der zu abrupten Kurswechseln neigenden Kommunistischen Internationale gebunden, wobei sie beachtliche Zuschüsse aus Moskau erhielt, die allerdings weit geringer waren, als von den Zeitgenossen angenommen.

Die KPD war anfangs eine kleine Kaderpartei profilierter marxistischer Theoretiker und ungeduldiger revolutionärer Aktivisten mit nur einigen zehntausend Mitgliedern. Sie zahlte für ihre Radikalität einen hohen PreiS. Von Polizei, Reichwehr und Freikorps massiv bekämpft wurden zwischen Januar und März 1919 die Vorsitzenden Luxemburg und Liebknecht sowie ihr Nachfolger Leo Jogiches ermordet. Darüber hinaus war die Partei lange verboten, noch häufiger die Parteipresse. Durch staatliche Unterdrückungspolitik wurde die KPD zum politischen Außenseiter.

In der Illegalität wurde die KPD unter ihrem neuem Vorsitzenden Paul Levi zu einer zentralistisch organisierten und hierarchisch geführten Partei umgebaut. Die Parteilinken wurden herausgedrängt und gründeten anschließend die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die aber bald an ihren inneren Widersprüchen zerbrach.
Die KPD wurde im Dezember 1920 durch den Anschluss eines Großteils der Unabhängigen Sozialdemokraten vor einer Existenz als Splitterpartei bewahrt. Dieser Zusammenschluss brachte der KPD mehrere hunderttausend neue Mitglieder, sicherte ihr großen Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung und machte sie zu einer beachtlichen Größe im Reichstag.
Die KPD machte bis 1923 mehrfach revolutionäre Aufstandsversuche, die jedoch alle aussichtslos waren und verlustreich für die Partei verliefen: die Erhebung der Roten Ruhr Armee nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, die "Märzaktion" 1921 in Mitteldeutschland und im Oktober 1923 der Hamburg Aufstand. Nach den internen Auseinandersetzungen um den Hamburger Aufstand setzte sich Ernst Thälmann als Parteivorsitzender durch und blieb es bis zum Verbot im Februar 1933.
Nach den gescheiterten Aufstandsversuchen betrieb die KPD zwischen 1924 und 1928 eine Politik der radikalen linken Opposition im Rahmen des bestehenden politischen SystemS. Trotz entsprechender Rhetorik war kein weiterer Aufstand geplant und es kam sogar zu Verhandlungen mit der verhassten SPD über die Duldung einer "Arbeiterregierung". Seit 1928 eröffnete die KPD erneut den Kampf gegen die Sozialdemokraten, die nun als "Sozialfaschisten" der Hauptfeind waren. Trotz ihrem entschiedenen Kampf gegen den erstarkenden Nationalsozialismus isolierte sich die Partei dadurch von dessen anderen Gegnern. Mit dem Untergang des demokratischen Staates war schließlich auch das Schicksal der KPD besiegelt.

Quellen:

Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918 – 1. Januar 1919), in: www.marxists.org (Letzter Zugriff am: 13.07.2012).

Literatur:

ANGRESS, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973.

BÜTTNER, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik. 1918-1933, in: BENZ, Wolfgang (Hg.), Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18: 20. Jahrhundert (1918-2000), Stuttgart 102010, S. 171-767, hier 306-315.

FLECHTHEIM, Ossip. K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 21976.

KOLB, Eberhard, Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16), München 72009, S. 16 f. et passim.

MALLMANN, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

MÜHLDORFER, Friedbert, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 1919-1933/1945-1956, in: Historisches Lexikon Bayerns, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de (Letzter Zugriff am: 13.07.2012).

WEBER, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt am Main 1969.

WEBER, Hermann / HERBST, Andreas (Hg.), Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 22008.

WEBER, Hermann, Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983.

Empfohlene Zitierweise:

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 11090, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/11090. Letzter Zugriff am: 02.05.2024.